

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/106

Bonn, den 9. Juni 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>R H E I N L A N D - P F A L Z</u>	67

Zum Ergebnis der Kommunalwahl - Kein "Erdrutsch"

2	<u>Es gibt keine Gemeinsamkeiten</u>	22
---	--------------------------------------	----

SPD-Kandidaten auf einer kommunistischen Liste?

3	<u>ARCHIV DER SOZIALEN DEMOKRATIE</u>	45
---	---------------------------------------	----

Eine neue Gemeinschaftsleistung der Friedrich-Ebert-Stiftung

4 - 5	<u>Mehr Zusammenarbeit angestrebt</u>	56
-------	---------------------------------------	----

Zur Konferenz der europäischen Verkehrsminister in Stockholm

R H E I N L A N D - P F A L Z

Zum Ergebnis der Kommunalwahl - Kein "Erdrutsch"

sp - Das Ergebnis der Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz dürfte niemanden überrascht haben. Die beiden führenden Parteien - SPD und CDU - haben im Landesdurchschnitt ihren Wählerstamm halten können, obwohl sich wegen der Gebietsreform mancherlei Unmut örtlicher Wählergruppen auf die im Landtag vertretenen Parteien konzentriert hatte. Echte Vergleiche mit früheren Kommunalwahlen sind jedoch schwierig, weil besonders bei zahlreichen Städten Gemeinden hinzugekommen sind, deren Wähler ehemals ganz andere Entscheidungen getroffen hatten, als die Städte selbst, zu denen sie jetzt gehören. Eine erste Analyse zeigt, daß sich dieser Umstand besonders für die SPD ungünstig ausgewirkt hat.

Gespannt war man auf das Abschneiden der NPD und der DKP. Beide Parteien hatten nur dort Kandidaten aufgestellt, wo sie sich einen gewissen Erfolg erhofften. Es wäre deshalb abwegig, das jetzige Ergebnis für diese Parteien schon als tatsächlichen Landesdurchschnitt betrachten zu wollen. Die DKP buchte dort Erfolge, wo auch früher die kommunistische Partei relativ stark war. Die NPD verdoppelte und verdreifachte zum Teil den Stimmenanteil der früheren Deutschen Reichspartei (DRP) vor deren Verbot.

Besonderes Interesse verdient ein Blick auf diejenigen Gebiete, in denen die NPD mit Leichtigkeit über die 5 Prozenthürde hinwegkam. Es ist dies eine Linie, die, von Idar-Oberstein ausgehend über Baumholder, Kaiserslautern und Pirmasens bis Zweibrücken geht. Hier gibt es Wahlbezirke, in denen eine große Anzahl von Arbeitern und Angestellten bei den NATO-Verbänden wohnt. Aus früheren Beobachtungen weiß man, daß sich hier Inseln von Personengruppen gebildet hatten, deren politische Vergangenheit schlicht und einfach als antidemokratisch bezeichnet werden kann. Lange Zeit wurden dort Personen bei der Einstellung abgewiesen, die irgendwann einmal gewerkschaftlich organisiert waren...

Im Landkreis Alzey, wo die NPD ebenfalls beachtliche Erfolge erringen konnte, hatte schon zu Zeiten der Deutschen Reichspartei der "Reichsnährstand" seligen Angedenkens fröhliche Urstände gefeiert. Der Hauptagitator in diesem Gebiet für die DRP und später für die NPD war der ehemalige rheinland-pfälzische Oberregierungsrat H e s s, der vor etwa zwei Jahren Selbstmord verübte, kurz nachdem er Propagandaleiter der NPD geworden war.

In der Stadt L u d w i g s h a f e n, wo sich der neue rheinland-pfälzische Ministerpräsident Dr. K o h l vorgenommen hatte, die absolute Mehrheit der SPD zunichtezumachen - Dr. Kohl war Spitzenkandidat der CDU-Stadtratsliste von Ludwigshafen - ging der CDU-Anteil von 34,6 Prozent auf 33,2 Prozent zurück. Die SPD dagegen konnte ihren Anteil von 58,4 Prozent halten, ein Ergebnis, das eindeutig als Erfolg des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters Dr. L u d w i g zu werten ist.

Beachtliche Erfolge erzielte die SPD auch in den katholischen

Gebieten des Landes. So verlor z. B. in der Stadt Adenau die CDU ihre bisherige absolute Mehrheit von 12 Mandaten und verfügt jetzt nur mehr über neun Mandate. Die Sozialdemokraten dagegen erhöhten ihren Mandatsanteil im Stadtrat von drei auf sechs.

Die FDP, die intern ein Ansteigen ihres Stimmenanteils erwartet hatte, sah ihre Hoffnungen enttäuscht. Ihr Verlust beträgt im Landesdurchschnitt zwar nur 1,1 Prozent (von 10,2 auf 9,1), sie wurde jedoch in zahlreichen Orten, wo die NPD Kandidaten aufgestellt hatte, von dieser überflügelt und vom dritten auf den vierten Platz gedrängt. So z.B. in den Städten Pirmasens und Kaiserslautern.

Die im Landtag Rheinland-Pfalz vertretenen Parteien sind sich auch nach den Kommunalwahlen darüber einig, daß es sich hierbei nicht um einen "Testfall" etwa für die Bundestagswahlen gehandelt hat. Die örtlichen Gegebenheiten, das Auftreten zahlreicher neuer Wählergruppen, von denen niemand weiß, wie sich deren Anhänger bei einer Landtags- oder Bundestagswahl entscheiden werden, läßt vorausschauende Vergleiche nicht zu, wenn man auch zugibt, daß dort, wo die NPD oder die DKP kandidiert hat, deren Stimmen auch für andere Wahlen in Rechnung zu stellen sind.

+ + +
Es gibt keine Gemeinsamkeiten

SPD-Kandidaten auf einer kommunistischen Liste?

sp - Die "Arbeitsgemeinschaft für demokratischen Fortschritt", ein Zusammenschluß von verschiedenen unter Führung der Kommunisten stehenden Organisationen politischer Sektierer, brüstet sich, daß es ihr gelang, angebliche Sozialdemokraten auf der Landesliste von Nordrhein-Westfalen für die Bundestagswahlen zu plazieren. Sie preist dies als großen Erfolg und will damit ihre Spannweite dem Wählervolk bekunden.

Dies ist eine ziemlich durchsichtige Täuschung der Öffentlichkeit. Es kann sich bei diesen Kandidaten nur um ehemalige Mitglieder der SPD handeln, oder um solche, die vor dem Ausschluß aus dieser Partei stehen. Wer sich dieser Gruppierung, die ihren Namen zu unrecht trägt, anschließt, sich in ihr betätigt, oder für sie kandidiert, hat in der Sozialdemokratie nichts zu suchen. Da gibt es keine Gemeinsamkeit. Die deutschen Kommunisten kämpfen weder für den demokratischen Fortschritt, noch vertreten sie die Interessen der arbeitenden Menschen, noch dient ihre Politik der Erhaltung des Friedens. Ihre einzige Aufgabe ist die Bekämpfung der Sozialdemokratie als eine dem Frieden und dem Fortschritt dienende Kraft.

Wer sich dennoch auf dieser Liste als Sozialdemokrat empfiehlt, tut es wider besseres Wissens und will den Trennungsstrich verwischen, der zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten besteht. Solche Spekulationen dürften freilich fehlschlagen. Die SPD hält ihren Schild sauber.

+ + +

ARCHIV DER SOZIALEN DEMOKRATIE

Eine neue Gemeinschaftsleistung der Friedrich-Ebert-Stiftung

* "Die Arbeiterbewegung im allgemeinen und die deutsche Sozialde-
* mokratie im besonderen haben einen langen Weg hinter sich, auf
* dem sie immer wieder die Frage nach dem eigenen Standort, nach
* den eigenen Aufgaben zu stellen hatten. Wer vorwärtsweisende
* Kraft im Ringen um soziale Demokratie ist, bleibt stets gezwun-
* gen zur kritischen, auch selbstkritischen Verarbeitung der ge-
* samtgesellschaftlichen Notwendigkeiten, die sich im technisch-
* industriellen Zeitalter in immer größerer Zahl ergeben. Die
* Auseinandersetzung mit Kräften, die sich der gesellschaftlichen
* Weiterentwicklung entgegenstemmen, bleibt eine permanente Auf-
* gabe."

* WILLY BRANDT auf der Feier zur Eröffnung des ARCHIVS DER SOZIA-
* LEN DEMOKRATIE der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bad Godesberg
* am 6. Juni 1969.

* * * * *

sp - Wieder kann die Friedrich-Ebert-Stiftung eine großartige Lei-
stung für die Gemeinschaft vorweisen: Das ARCHIV DER SOZIALEN DEMOKRA-
TIE in Bad Godesberg, das am vergangenen Wochenende in Anwesenheit
zahlreicher Ehrengäste aus dem In- und Ausland seiner Bestimmung über-
geben wurde. 65.000 Bände zeugen jetzt bereits von der Geschichte der
deutschen und internationalen Arbeiterbewegung; bald werden es 200.000
sein.

Aufgabe des Archivs ist es, jene Lücken der Geschichtsschreibung
zu füllen, die dadurch entstanden sind, daß die vorwärtsdrängenden Kräf-
te der sozialen Bewegungen in unserem Volk allzu lange aus der klassi-
schen Darstellung des Geschichtsbildes verdrängt blieben. Nur zögernd
wurde nach dem Ersten Weltkrieg mit dem Ausfüllen dieser Lücken begonnen;
nur sehr langsam konnte die Vorstellung überwunden werden, daß allein
die herrschenden Mächte und ihre "Persönlichkeiten" die Geschichte eines
Volkes prägen. Es fehlten nicht nur die zusammenfassende Darstellung der
Kämpfe um den Durchbruch zur Demokratie und zum sozialen Fortschritt,
sondern auch die Analyse und Würdigung der Leistungen oft kleiner, kaum
beachteter gesellschaftlicher Gruppen in der Auseinandersetzung mit der
Macht.

Gerade in jüngster Zeit, da das Studium der politischen Wissenschaften
und der Soziologie unvergleichbar mehr jungen Menschen als je zuvor
erstrebenswert zu sein scheint, macht sich das Fehlen übersichtlicher
Quellen für das Verständnis von Gegenwart und Zukunft oft schmerzlich
bemerkbar. Mancher "Radikale" erkennt nur langsam, daß sein Antiverhalten
gegenüber der Gesellschaft der Ausdruck mangelnden Wissens um die
gleichen Kämpfe früherer Generationen ist, zu denen er sich j e t z t
aufgerufen fühlt.

Das ARCHIV DER SOZIALEN DEMOKRATIE will helfen, dieses Erkennen zu
fördern. Es will dazu beitragen, das für die Aktion im Sinne des Fort-
schritts notwendige Wissen zu erweitern und ihm eine solide Grundlage zu
geben.

+ + +

Mehr Zusammenarbeit angestrebt

Zur Konferenz der europäischen Verkehrsminister in Stockholm

K.S. - Vom 10. bis 12. Juni 1969 findet in Stockholm die Konferenz der europäischen Verkehrsminister statt. Bundesverkehrsminister Georg Leber leitet die deutsche Delegation. Er wird dort mit 18 seiner europäischen Ministerkollegen zusammentreffen. Die USA und Japan werden mit Beobachtern vertreten sein.

Die seit 1953 bestehende Europäische Verkehrsministerkonferenz tagt abwechselnd in einem europäischen Land. 1967 hatte der Bundesverkehrsminister als damaliger Präsident seine Kollegen nach Hamburg eingeladen. Die Präsidentschaft wechselt ebenfalls jedes Jahr.

Die CEMT hat sich zur Aufgabe gesetzt, für den privaten Verkehrsteilnehmer, das Verkehrsgewerbe und die verladende Wirtschaft durch internationale Zusammenarbeit ein bestmögliches europäisches Binnenverkehrssystem zu entwickeln. Die Arbeiten, die hierfür durchgeführt werden gehen zum großen Teil auf die Initiative des Bundesverkehrsministers zurück. Viele der internationalen Arbeitsgruppen der CEMT stehen unter der Leitung von Experten aus dem Bundesverkehrsministerium.

Georg Leber will auf der diesjährigen Tagung u.a. unterstreichen, daß die Verkehrssicherheit durch ein verbessertes System zur Versorgung von Unfallverletzten entscheidend erhöht werden muß. Im Verkehrsministerium ist festgestellt worden, daß 15 Prozent der Unfallverletzten durch sachgerechte Erste Hilfe am Unfallort am Leben erhalten werden können. Der Bundesverkehrsminister wird daher den Ausbau der bestehenden Hilfsorganisationen, die Vergrößerung des Parks an Krankentransportwagen und die Ausbildung der Kraftfahrer in Erster Hilfe mit seinen ausländischen Kollegen erörtern.

Ein weiteres Betätigungsgebiet der CEMT liegt bei der wissenschaftlich entwickelten regionalen und überregionalen Verkehrsplanung. In Zusammenarbeit zwischen Verkehrsministerien, Ländern, Gemeinden und Vertretern der Wissenschaft wird auf internationaler Ebene vordringlich an der Entwicklung moderner Verkehrsmittel wie

Luftkissenfahrzeuge, Schwebebahnen, Transportbänder, Untergrundverkehr usw. gearbeitet. Dadurch sollen Verkehrszusammenballungen vor allem in den Städten, die immer größere Bedeutung annehmen, entwirrt werden. Im Bonner Verkehrsministerium ist man sich klar darüber, daß die mit der Verstädterung und der Entstehung neuer Trabantenstädte zusammenhängenden Transportprobleme nur durch konventionelle, moderne und aufgeschlossene Planungs- und technische Entwicklungsarbeiten bewältigt werden können.

Dem Austausch von Erfahrungen und der Durchführung wissenschaftlicher Entwicklungen im gesamteuropäischen Rahmen mißt der Bundesverkehrsminister hierbei größte Bedeutung zu.

Bundesverkehrsminister Leber wird sich auf der Konferenz auch mit der Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Verkehrspolitik befassen. Die Modernisierung und wirtschaftliche Gesundung der Eisenbahnen, soziale Verbesserungen der Arbeitsbedingungen der Kraftfahrer, der Kampf gegen den Verkehrslärm, Fragen der Modernisierung des Umschlages durch Container- und roll-on, roll-off-Verkehre sowie eine harmonische Entwicklung aller Binnenverkehrsträger sind hier an erster Stelle zu nennen.

Alle diese Fragen haben neben der wirtschaftlichen Bedeutung auch entscheidenden Einfluß auf die Lebensumstände des Einzelnen. Das gilt besonders von den Vor- und Nachteilen der Automation im Verkehr und von der Verringerung der Belastungen der Umwelt durch den Verkehr auf ein unvermeidbares, geringes Maß.

Bundesverkehrsminister Leber wird seine europäischen Kollegen um ihre Unterstützung für die Verwirklichung von Maßnahmen zum Schutz und Nutzen des Einzelnen bitten, die mit der stürmischen Entwicklung des Verkehrs Schritt halten.